

«Es braucht nicht immer neue Gesetze»

LUZERNER STÄNDERÄTE ANDREA GMÜR (CVP) UND DAMIAN MÜLLER (FDP) WOLLEN KEINE KONJUNKTURPROGRAMME

Seit einem halben Jahr bilden Andrea Gmür und Damian Müller das Ständerats-Duo des Kantons Luzern. Sie sprechen am Ende der Sommersession über Corona, Geld, Föderalismus, Jets und Mohrenköpfe.

Damian Müller, wie erlebten Sie den Tod von Nationalrat Albert Vitali?

Ich war erschüttert, auch wenn ich wusste, dass es Albert nicht gut geht. Aber wenn der Tod eintrifft, ist es immer unheimlich schwierig. Eigentlich fehlen die Worte.

Und Sie, Andrea Gmür?

Sein Tod hat mich stark betroffen gemacht. Ich lernte ihn noch als FDP-Fraktionspräsidenten im Kantonsrat kennen. Wenn er etwas sagte, herrschte augenblicklich Ruhe. Er war ein überlegter, lebenswürdiger, gradliniger Kollege. Es ist tröstlich, dass wir an seiner Abschiedsfeier teilnehmen dürfen.

Die Tagesschau berichtete vergangene Woche, dass es in der CVP brodelt. Stimmt das?

Ich staune immer wieder, was medial alles kolportiert wird. Innerhalb der Mitte-Fraktion wird intensiv diskutiert. Das ist gut so. Deswegen «brodelt» es aber noch lange nicht.

Was macht Ihnen Freude?

Meine Aufgabe als Ständerätin einerseits und als Fraktionspräsidentin der Mitte-Fraktion CVP-BDP-EVP andererseits. Beide Tätigkeiten bedeuten Arbeit, die ich als zeitintensiv, aber als sehr bereichernd und erfüllend wahrnehme und gerne erledige.

Damian Müller, wie erleben Sie die Session in der Bernexpo?

Komplett anders als im Bundeshaus. Mir und vielen andern fehlt hier der Geist der Institution. Es ist steriler, distanzierter. Die Politik lebt aber von Nähe zueinander, von Gesprächen miteinander. Das Ziel muss eine Rückkehr ins Bundeshaus sein.

Und die Corona-Zeit?

Für mich waren die vergangenen Wochen eine sehr belastende Zeit. Sehr viele Unternehmerinnen und Unternehmer sprachen mich an. Arbeitnehmer haben Angst, ihren Job zu verlieren. Wir haben rund 1,9 Millionen Leute in der Schweiz in Kurzarbeit. Viele wissen nicht, ob sie nicht doch noch arbeitslos werden.

Der Bundesrat sprach in einer ersten Tranche über 50 Milliarden Franken. Kann sich die Schweiz so viel Geld leisten?

Andrea Gmür: Die Frage stellt sich nicht mehr. Wir haben uns bereits über 50 Milliarden geleistet. Aber: Ja. Diese Finanzhilfen waren möglich dank der Schuldenbremse und regel-



«Wenn du das Privileg hast, hier Politik machen zu dürfen, dann saugst du die Themen auf», sagt FDP-Ständerat Damian Müller.

FOTOS ANA BIRCHLER-CRUZ

mässiger Gewinne in der Staatskasse. An der Schuldenbremse müssen wir festhalten. Wir dürfen aber keine Konjunkturprogramme starten; allenfalls Investitionen vorziehen, um so die Wirtschaft anzukurbeln. Im Kanton Luzern bin ich zuversichtlich, dass dank der Überbrückungskredite die sehr flexiblen KMU bald wieder gut unterwegs sind. Dazu sollten wir lokal

«Nicht nur in dieser Krise zeigt sich, dass der Föderalismus, wie wir ihn in der Schweiz haben, zum Teil an seine Grenzen kommt.» DAMIAN MÜLLER

einkaufen, lokal konsumieren und lokal geniessen – unser Geld wirklich vor Ort ausgeben.

Damian Müller: Wir können und müssen uns das leisten, zumal es 40 Milliarden Kredite sind, die zurückbezahlt werden müssen. Zudem haben wir uns dank der Schuldenbremse in den vergangenen Jahren einen soliden Finanzhaushalt erschaffen.

In der ganzen Schweiz herrschten die gleichen Bestimmungen. War das richtig?

Andrea Gmür: Der Bundesrat pflegte während der ganzen Krise regelmässigen Austausch mit den Kantonen. Der Bund hörte zu und gab den Kantonen eine gewisse Freiheit. Wenn es eine zweite Welle gäbe, würde der Föderalismus mehr spielen und kantonale Lösungen wären mehr gefragt. Aber ja, es war richtig. Der Bundesrat hat das gut gemacht.

Damian Müller: Nicht nur in dieser Krise zeigt sich, dass der Föderalismus, wie wir ihn in der Schweiz haben, zum Teil an seine Grenzen kommt. Die Frage ist, wie definieren wir ihn in Zukunft. In dieser Hinsicht müssen wir nach der Krise das Epidemiegesetz auf Stärken und Schwächen röntgen.

Andrea Gmür: Ausnahmen, welche

die Regeln bestätigen, waren die Entscheide über die Maturaprüfungen und die Neustarts an Gymnasien. Bereits in der Bildungskommission forderten wir, es solle kein kantonaler Flickenteppich entstehen, was schliesslich dann leider vorlag. Das war ein Beispiel, dass wir an die Grenzen des Föderalismus gekommen sind.

Der Bundesrat schickte das Parlament und somit auch Sie beide in achtwöchige Zwangsferien.

Andrea Gmür: Einerseits haben wir während der ganzen Krise intensiv im Hintergrund weitergearbeitet und unsere Forderungen vorbereitet. Andererseits schaute die Finanzdelegation dem Bundesrat auf die Finger. Das parlamentarische Mitspracherecht war aber sehr eingeschränkt. Da müssen wir die Lehren für die Zukunft ziehen. Wir haben auch bereits seitens der Mitte-Fraktion CVP-EVP-BDP die Forderung eingebracht, analog zur Finanzdelegation eine Rechtsdelegation zu schaffen.

Damian Müller, wie arbeiten die beiden Luzerner Ständeräte zusammen?

Als Ständeräte haben wir das Privileg, in mehreren Kommissionen tätig zu sein. Andrea Gmür und ich sitzen unter anderem in der aussenpolitischen Kommission. Wir treffen uns somit relativ häufig in Bern. Zudem vertreten wir den gleichen Kanton, da treten rein parteipolitische Überlegungen oft etwas in den Hintergrund. Aber wenn wir andere Positionen vertreten, gehen wir partnerschaftlich und mit hohem Respekt miteinander um.

Das klingt eher nach einer Zusammenarbeit bei Gelegenheit.

Andrea Gmür: Das funktioniert wirklich bestens. Wenn ich ein Anliegen habe, rufe ich Damian an oder schicke ein SMS – oder umgekehrt. In der kleinen Kammer ist sowieso alles familiärer und kleiner. Da kommt es problemlos zum Austausch. Auch die Anliegen des Kantons nehmen wir gemeinsam wahr.

Damian Müller: Es ist anders als im Geschäftsleben, wo man regelmässig rapportiert. Über die Kommissionen hinaus ist es sehr dynamisch. Ich möchte Andrea Gmür auch nicht in Beschlag nehmen mit zum Beispiel drei Mittagessen pro Session.

Wie sieht die Zusammenarbeit mit dem Luzerner Regierungsrat aus?

Sehr eng und auch themenspezifisch. Zudem sind jährlich zwei Treffen fixiert, an denen auch die Nationalräte

«Im Kanton Luzern bin ich zuversichtlich, dass dank der Überbrückungskredite die sehr flexiblen KMU bald wieder gut unterwegs sind.»

ANDREA GMÜR

teilnehmen.

Andrea Gmür: Einwandfrei. Unkompliziert, direkt. Am Anfang der Krise hatten wir einen zusätzlichen Austausch.

Am 27. September steht dem Schweizer Volk ein Abstimmungs-sonntag mit fünf Vorlagen bevor. Ist diese Ballung richtig?

Andrea Gmür: Unbedingt. Es ist wichtig, dass auch das Volk seine demokratischen Rechte wieder wahrnehmen, sich wieder äussern kann und kein «Abstimmungsstau» entsteht.

Damian Müller: Das ist überhaupt kein Problem. Wir können nicht wichtige Fragen und Entscheide hinaus-

schieben, nur weil Covid-19 den politischen Fahrplan durcheinandergebracht hat.

Wir hätten später abstimmen können.

Damian Müller: Natürlich wird der 27. September für die Politik und die Stimmbürger ein anspruchsvoller Sonntag. Aber wir haben in diesem Land ein unheimliches Privileg, zu politischen Fragen Ja oder Nein sagen zu können. Wir werden den Sommer nutzen, um über die politischen Positionen zu informieren. Zum Beispiel ist die Kampfjet-Beschaffung für den Standort Ruag in Emmen, für die Lehrstellen sowie die Arbeitsplätze eminent wichtig. Zudem werden 60 Prozent der Kosten wieder in der Schweiz reinvestiert. Hier ja zu sagen ist mehr als irgendwelche Konjunkturprogramme aufzugleisen. Emmen ist konkret. Oder die Begrenzungsinitiati-

ve. Sie anzunehmen wäre «Guet Nacht». Wir würden unseren Werk- und Denkplatz unnötig schwächen. Auch die Binnenwirtschaft profitiert von den Exporten der Industrie. Deshalb brauchen wir eine hervorragende Anbindung zu unseren direkten Nachbarn.

Andrea Gmür: Bei den Kampfjetzeugen geht es um die Sicherheit der Bevölkerung und die Sicherheit und den Schutz der Institutionen. Das ist auch ein Thema für uns Frauen. Der September-Abstimmungstag ist anspruchsvoll, aber auch eine Chance, wieder einmal eine höhere Stimmbeteiligung zu erlangen. Abstimmen ist ein enormes Privileg und gleichzeitig

Mit 36 Jahren ein erfahrener Politiker

ZUR PERSON Damian Müller hat Jahrgang 1984 und ist seit 2015 Luzerner FDP-Ständerat. Er wohnt in Hitzkirch. In Bern präsidiert er die Aussenpolitische Kommission und sitzt zudem in den Kommissionen für Umwelt, Raumplanung und Energie, für soziale Sicherheit und Gesundheit sowie in der Staatspolitischen Kommission. Bis 2016 präsidierte er acht Jahre lang die FDP Hitzkirch. Damian Müller arbeitet neben der Politik 30 Prozent für eine Versicherung. **STI**